



Das Geschäft mit der Massenvernichtung ? Investitionen deutscher Banken in Atomwaffenhersteller

Das Geschäft mit der Massenvernichtung - Investitionen deutscher Banken in Atomwaffenhersteller

Die Anti-Atomwaffenkampagne ICAN stellt heute weltweit die Studie Don't Bank On The Bomb von IKV Pax Christi vor. Die Studie nennt insgesamt 298 Finanzdienstleister aus 30 Ländern, die in Unternehmen investieren, die Atomsprengköpfe sowie Atomwaffen-Trägersysteme (Raketen, Bomber, U-Boote, etc.) entwickeln, produzieren oder warten. Weltweit wurden Geschäftsbeziehungen zu 27 Herstellern dieser nuklearen Massenvernichtungstechnik in einer Größenordnung von 235 Mrd. Euro (\$314 Mrd.) festgestellt.
Auch acht deutsche Finanzinstitute sind mit insgesamt knapp 7,6 Mrd. in die Finanzierung von Atomwaffenherstellern verstrickt. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland nach den USA, Großbritannien und Frankreich Platz 4 ein.
Nummer Eins ist die Deutsche Bank. Sie unterhält 16 Beziehungen zu Atomwaffenherstellern in einer Größenordnung von ca. 3,6 Milliarden Euro. Gefolgt von der Commerzbank, die über Beziehungen zu neun Atomwaffenherstellern im Umfang von ca. 1,8 Milliarden Euro verfügt. Der Allianz-Versicherungskonzern, auf Platz 3, verwaltet selbst bzw. treuhänderisch Vermögenswerte an 12 Atomwaffenherstellern im Umfang von 1,1 Mrd. Euro. Ähnlich hoch ist die Verstrickung der Unicredit-Group, zu der auch die HypoVereinsbank zählt. Sie unterhält Geschäftsbeziehungen zu sechs Atomwaffenherstellern im Umfang von gut 1 Mrd. Euro. Einige öffentliche (Landes-)Banken wie die BayernLB, Helaba und die KfW gehören ebenfalls - allerdings in geringerem Umfang - zu den Finanziers dieser Waffenhersteller.
"Seit der ersten ICAN-Studie vor zwei Jahren hat sich am Investitionsverhalten deutscher wie internationaler Finanzinstitute offensichtlich wenig geändert. Sie unterstützen die Atomwaffenindustrie weiterhin umfassend und in vielfältiger Form, beklagt Jacob Romer, Koordinator von ICAN Deutschland.
Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV engl. NPT), den Deutschland unterschrieben hat, fordert dazu auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Gefahr eines Atomkrieges abzuwenden.
"Wenn Deutschland das Ziel 'Global Zero' (atomwaffenfreie Welt) bei der nuklearen Abrüstungspolitik ausruft, sollten dies auch deutsche Finanzdienstleister in Bezug auf Investitionen in die Hersteller von Nuklearwaffentechnologien tun", fordert Thomas Küchenmeister von Facing Finance, einer deutschen ICAN-Mitgliedsorganisation. Küchenmeister betont, mit Hinweis auf den "Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" (NVV), dass der NVV-Artikel VI jeden Vertragsstaat dazu verpflichte, zur allgemeinen und vollständigen nuklearen Abrüstung beizutragen.
Auch deutsche Unternehmen sind den Recherchen zufolge an der Herstellung von Atomwaffensystemen beteiligt. Neben Raketenproduzent EADS (Staatsbeteiligung Deutschland 10,2%) gilt ThyssenKrupp (ThyssenKrupp Marine Systems / TKMS) als Hersteller von atomwaffenfähigen U-Booten. TKMS wird aktuell für die Lieferung von drei U-Booten der Dolphin-II-Klasse an Israel kritisiert, die auch mit atomwaffenfähigen Marschflugkörpern ausgestattet werden können.
"Deutsche Finanzdienstleister müssen aufhören, Unternehmen zu unterstützen, die Atomraketen oder atomwaffenfähige U-Boote herstellen oder instand halten. Sie müssen z.B. EADS und TKMS den Geldhahn definitiv zudrehen. Jeder Cent für solche Mischkonzerne erhöht das Risiko, dass diese ultimativen Massenvernichtungswaffen künftig noch einmal eingesetzt werden", erörtert Barbara Happe von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald. "Auch Bank- und Versicherungskund/innen müssen bei ihren Finanzanlagen und Versicherungen auf Investitionen in Atomwaffenhersteller verzichten!"
Weitere Informationen und die komplette Studie finden Sie hier:
 www.dontbankonthebomb.com (global)
 www.facing-finance.org (Deutschland)

Thomas Küchenmeister,
Koordinator Facing Finance (Mitglied ICAN Germany),
+49 (0)175-49 64 082
Regine Richter,
urgewald, +49 (0)
30-28482270
Jacob Romer,
Koordinator ICAN Germany
+49 (0)151 6516 7288

Pressekontakt

FACING FINANCE

10437 Berlin

Firmenkontakt

FACING FINANCE

10437 Berlin

FACING FINANCE ist eine EU-geförderte NGO-Kampagne, die Investoren aller Art sensibilisieren will, nicht in Firmen zu investieren, die von Menschenrechtsverletzungen, Produktion völkerrechtswidriger Waffen und Umweltverschmutzung profitieren. Facing Finance ist ein Bündnis von: Solidaritätsdienst-international (SODI) e.V., urgewald e.V., EarthLink e.V., Netwerk Vlaanderen, CentrumCSR.PL und JA! Justicia Ambiental aus Mosambik.